

Ex-Minister warnt: Uni Lübeck nicht zerschlagen!

Dietrich Austermann (CDU) brüskiert Kieler Parteifreunde Landes-Uni als Alternativ-Lösung – Koch (FDP) begrüßt Vorstoß

VON WOLFRAM HAMMER

LÜBECK – Lübeck bekommt beim Kampf um die Medizin-Uni immer mehr prominente Unterstützung. Jetzt warnt auch Ex-Wissenschaftsminister Dietrich Austermann (68) vor einer Zerstörung des Hochschulstandortes. „Wer es gut meint mit der Wissenschaft im Land, mit der Zukunft unserer Landeskinder, mit der Entwicklung neuer Technologien, baut keine Studienplätze ab, sondern auf“, betont Austermann. Das gelte umso mehr, als das Land schon heute 10 000 Studenten zu wenig ausbilde. Fürs Sparen gebe es Alternativen.

In der CDU in Kiel wird man bereits unruhig. „Austermanns Wort hat Gewicht in der Partei“, heißt es. Jahrelang war er der führende Haushaltsexperte der Bundestagsfraktion. Nach der Bildung der Großen Koalition in Kiel 2005 kehrte er als Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr zurück, rief den Uni-

versitätsrat ins Leben, brachte den A-20-Bau entscheidend voran – und holte den heutigen CDU-Wissenschaftsminister Jost de Jager als Staatssekretär ins Ministerium.

Jetzt warnt Austermann seinen einstigen Mitarbeiter eindringlich davor, den Uni-Standort Lübeck zu gefährden, das „wird teurer und zerstört inzwischen gewachsene Strukturen, die leistungsfähig sind“, so Austermann. Die Lübecker Medizin sei „ein Geflecht von Hochschule, Forschung und Lehre, Hochleistungsmaschinen, Fraunhoferinstitut, Forschungszentrum Borstel und Medizintechnik der Wirtschaft“. Eine Zerschlagung würde auch den Medizin-Standort Kiel schwer beschädigen: „In Kürze wird zu entscheiden sein, ob das Exzellenzcluster Entzündungsforschung, das in Kiel federführend eingerichtet wurde und



Ex-Minister
Dietrich Austermann (CDU).

an dem Borstel und Lübeck beteiligt sind, mit vielen Millionen des Bundes weiter gefördert werden kann. Wie soll das gehen, wenn es in Lübeck keine Mediziner mehr gibt?“

Dass das Land sparen muss, daran lässt auch der Ex-Minister keinen Zweifel: „Wer in Lübeck – oder in Kiel – leistungsfähige Standorte für medizinische Forschung und Lehre erhalten will, muss die Frage beantworten, woher das Geld kommen soll.“ Austermanns Vorschlag: Die Einrichtung einer Landesuniversität, die die Universitäten Kiel, Flensburg und Lübeck zusammenfasst. Dann könnte in Kiel und Lübeck eine gemeinsame medizinische Fakultät entstehen, „die Zahl der Medizinstudenten könnte an beiden Standorten gesenkt werden“. Auch die Gründung einer Stiftungsuniversität hält Austermann für denkbar. Mit dem Bund sollte

über zusätzliche finanzielle Unterstützung verhandelt werden. Angesichts des drohenden Ärztemangels könnten Studenten vom Bundesgesundheitsminister im Gegenzug ja dazu verpflichtet werden, zunächst einige Jahre auf dem Lande zu praktizieren. Die Ausbildungskosten könnten die Kassen übernehmen. Denkbar wäre zudem die Einführung moderater „sozialverträglicher Studiengebühren“.

Im Kieler Regierungslager ist man in der Bewertung zerrissen. Daniel Günther (CDU): „Interessant, aber nicht zielführend“, die Einsparsumme sei so nicht zu erreichen. Gerrit Koch (FDP): „Das sind sehr zielführende Ideen, sehr konstruktiv.“ Das zeige, dass sich noch etwas machen lässt.

Jost de Jager hüllt sich zum Vorstoß seines ehemaligen Chefs in Schweigen. Der Kieler Wissenschaftsminister wird heute zur Personalversammlung des Uniklinikums und der Universität in Lübeck erwartet. **Seite 2 / Lokales**